

## Bewerbung für den Landesparteirat von Daniela Ehlers

Liebe Freund\*innen,

im kommenden Jahr haben wir die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass zum ersten Mal eine Regierende Bürgermeisterin ins Rote Rathaus einzieht. Nach Jahrzehnten von älteren weißen CDU und SPD Männern wäre das nicht nur ein Wechsel an der Spitze der Regierung, sondern insbesondere ein Zeichen für viele Frauen in dieser Stadt.

Noch immer sind Frauen in der Politik deutlich unterrepräsentiert, ihnen wird weniger zugetraut, sie werden noch viel zu oft auf eine Muttereigenschaft reduziert. Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung steht im Strafgesetzbuch, wie ich mit meiner Gebärmutter umgehen darf und inwiefern Ärzt\*innen darüber informieren dürfen, wie sie Frauen die ungewollt schwanger werden, helfen können. Es ist längst überfällig, dass wir die Paragraphen 218 und 219 StGB abschaffen und allen Frauen in ganz Deutschland damit das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper zugestehen. Ebenso überfällig ist es, dass wir Frauen nicht länger vorschreiben was sie tragen dürfen und was nicht um bestimmte Berufe ausüben zu dürfen. Frauen wissen sehr gut selbst wie sie ihre Religion ausüben wollen und benötigen dafür keinen Staat der sie vor die Wahl stellt entweder ihren Job nicht frei wählen zu können oder ihre Kleidung nicht mehr frei wählen zu können.

Die Einschränkungen der vergangenen Monate haben zudem klar gezeigt, dass Care Arbeit in großen Teilen dieser Gesellschaft noch immer vor allem von Frauen geleistet wird. Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung und ein erhöhter Aufwand in der Hausarbeit wurden doch noch viel zu häufig einseitig von Frauen und Müttern getragen. Die vor einigen Monaten noch beklatschten Frauen in sogenannten systemrelevanten Berufen müssen jetzt nicht nur für eine angemessenere Bezahlung kämpfen, sondern auch dafür, dass ihr Arbeitskampf akzeptiert wird. Solange uns Sorgearbeit und das Aufrechterhalten unserer sozialen Infrastruktur nicht mehr wert ist, werden wir den Gendergap nie schließen. Ein weiterer Punkt der in den letzten Monaten deutlich geworden ist, ist dass Sexwork durch Verbote nicht verschwindet, sondern sich lediglich in eine für Sexworker\*innen ungeschütztere Illegalität verschiebt. Die Lehre muss daher sein, sich stark für die Rechte von Sexarbeiter\*innen einzusetzen und nicht, wie aktuell vor allem von Männern aus der Großen Koalition gefordert, die Einführung des Skandinavischen Modells voranzutreiben. Auch was Sexwork angeht, können Frauen selbst entscheiden wie sie mit ihrem Körper umgehen und welchen Beruf sie ausüben möchten.



seit 2010 Mitglied bei Bündnis 90/  
Die Grünen

2011-2013 Kreisvorstand  
KV Hzgt. Lauenburg

2011-2013 im Landesvorstand  
Grüne Jugend Schleswig-Holstein

2012-2013 Wahlkreismitarbeiterin  
von Arfst Wagner (MdB)

2013-2015 Mitglied im  
Schiedsgericht in SH

seit 2014 Mitglied der BAG  
Demokratie & Recht

2015-2017 Sprecherin LAG  
Demokratie & Recht

2015-2016 Politische  
Geschäftsführerin der Grünen  
Jugend Berlin

zur AGH Wahl 2016  
Direktkandidatin im WK  
Lichtenberg 1

seit 2016 in Verordnete der BVV  
Lichtenberg

seit 2017 Geschäftsführerin im KV  
Steglitz-Zehlendorf

seit 2017 Ersatzdelegierte zum  
Bundesfrauenrat

seit 2018 Sprecherin AG Aktiv  
gegen Rechts

2018-2019 Mitglied im  
Wahlkampfteam der Grünen  
Jugend für die Europawahl

seit 2019 Mitglied der BAG  
Migration und Flucht

In den vergangenen Wochen und Monaten sind mal wieder relativ viele „Einzelfälle“ in den deutschen Sicherheitsbehörden öffentlich geworden. Unser Bundesheimatminister weigert sich, hier ein strukturelles Problem zu sehen und agiert nach dem Motto „seh ich nicht, gibt es nicht“. Währenddessen verbietet er Berlin und 188 weiteren Städten und Gemeinden Geflüchteten einen sicheren Hafen zu bieten und freut sich über Abschiebungen als Geburtstagsgeschenk. Aber wehe dem, der hierin ein Muster vermutet. Die Tatsache, dass unsere Sicherheitsbehörden strukturell anfällig dafür sind, Menschen mit rechter Gesinnung anzuziehen ist dabei jedoch weder ein böswilliger Generalverdacht, noch eine sonderlich neue Erkenntnis. Bereits seit Jahrzehnten haben wir regelmäßige „Einzelfälle“. Um dies anzugehen, müssen wir nicht nur wissenschaftlich aufklären wie groß das Problem tatsächlich ist, sondern auch grundlegend etwas an unserer Sicherheitsarchitektur ändern. Wir müssen zum Beispiel in der Ausbildung, aber auch in regelmäßigen Fortbildungen diskriminierende Vorurteile, welche in der gesamten Bevölkerung und damit natürlich auch in unseren Sicherheitsbehörden weit verbreitet sind, aufzeigen und aufbrechen.

Auch in Berlin mit der R2G-Landesregierung haben wir zwar mit unserem Grünen Antidiskriminierungsgesetz ein Vorzeigeprojekt für ganz Deutschland geschaffen. Trotzdem haben wir weiterhin Angsträume in dieser Stadt für Menschen die nicht zur weißen Mehrheitsgesellschaft gehören und für Personen, die eben nicht hetero und männlich sind. Solange unsere Sicherheitsbehörden bei Menschen Angst und nicht ein Sicherheitsgefühl hervorrufen haben wir noch viel zu tun. Es ist weiterhin ein Unding, dass Hautfarbe, Erscheinungsbild oder Sprache darüber entscheiden ob ich in eine verdachtsunabhängige Kontrolle gerate oder nicht. Die nächsten Jahre müssen wir dafür nutzen, dass Berlin ein Safe Space und kein Angstraum für alle Menschen ist, völlig unabhängig von ihrem Geschlecht, Aussehen, Religion, Sexualität oder vermeintlicher Herkunft.

Mit dem Superwahljahr 2021 stehen uns große Herausforderungen, viel Arbeit aber eben auch eine riesige Chance bevor. Die Möglichkeit, die stärkste Kraft in Berlin zu werden, die Regierende und noch mehr Bezirksbürgermeisterinnen zu stellen, in allen Bezirken in Fraktionsstärke in den BVVn zu sitzen und Stadträt\*innen zu stellen und auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung zu übernehmen. Um diese Ziele zu erreichen ist es wichtig, dass wir als Partei die Wahlen zusammendenken, die verschiedenen Voraussetzungen zusammenbringen und den Parteirat mit seiner diversen Zusammensetzung gut mit einbeziehen um die Perspektiven der ganzen Stadt mitzunehmen. Dabei möchte ich auch zwei weitere Jahre meine Perspektive als BVV Verordnete in einem kleinen Ost-Bezirk außerhalb des Rings, als glühende Feministin und kämpferische Antifaschistin mit einbringen und würde mich freuen, wenn ihr mir das dadurch ermöglicht dass ihr mich noch einmal wählt.

Bei Fragen erreicht ihr mich unter [daniela.ehlers@gruene-lichtenberg.de](mailto:daniela.ehlers@gruene-lichtenberg.de) oder 0176/21020201